

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen
(24. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Daniel Föst, Frank Sitta, Renata Alt,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/6219 –

Wohnungsmangel bekämpfen – Dachgeschosse nutzen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Potentiale der Aufstockung und des Ausbaus von Dächern zu heben und rechtliche Hindernisse zu beseitigen. Die Bundesregierung soll ein Gesamtpaket Dachausbau vorlegen, mit dem die Anpassung von Gesetzen und Verordnungen auf bundesrechtlicher Ebene initiiert und vorangetrieben sowie die Anpassung der Landesbauordnungen und weiterer landesrechtlicher Vorgaben im Rahmen der Bauministerkonferenz forciert werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/6219 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2019

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Mechthild Heil
Vorsitzende

Dr. Anja Weisgerber
Berichterstatterin

Claudia Tausend
Berichterstatterin

Marc Bernhard
Berichterstatter

Daniel Föst
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Daniela Wagner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber, Claudia Tausend, Marc Bernhard, Daniel Föst, Caren Lay und Daniela Wagner

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/6219** wurde in der 80. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Februar 2019 zur Federführung an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen und zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, ein Maßnahmenpaket umzusetzen, das folgende sieben Maßnahmen enthält:

1. die Genehmigungsfreiheit für den Ausbau von Dachgeschossen, sofern dieser aus statischer und konstruktiver Sicht als unproblematisch bewertet wurde, die notwendigen Treppenbreiten eingehalten werden und die Entfluchtung sichergestellt sei;
2. die Überschreitung der zulässigen Geschossflächenzahl (GFZ) für Dachausbauten und -aufstockungen zuzulassen und dabei Verzicht auf Ausgleichsmaßnahmen;
3. die Behandlung von neu geschaffenen Wohnungen durch Dachausbau bzw. -aufstockung nach § 9 EnEV Änderung, Erweiterung und Ausbau von Gebäuden, um Dachausbauten und -aufstockungen nicht durch überhöhte energetische Anforderungen wie für Neubauten unwirtschaftlich zu machen;
4. Schaffung eines Ausnahmetatbestands für die Pflicht zum Einbau eines Aufzugs für Dachausbau bzw. -aufstockung;
5. vor dem Hintergrund des sich wandelnden Mobilitätsverhaltens sollen Bundesländer und Kommunen angehalten werden, die Stellplatzverordnungen und -satzungen für Dachausbauten bzw. -aufstockungen mit Ausnahmen zu versehen;
6. aktive Werbung bei den Kommunen und insbesondere den Bauaufsichtsbehörden zur Nutzung von Spielräumen bei der Genehmigungspraxis;
7. ein attraktives KfW-Förderprogramm zum Dachausbau, welches mit den bestehenden KfW-Programmen „Energieeffizient Sanieren“ kombinierbar sein und als Anschubfinanzierung zeitlich befristet ausgestaltet werden soll. Die Finanzierung soll durch bedarfsgerechte Umschichtungen und Straffungen aus anderen KfW-Programmen erfolgen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 56. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6219 empfohlen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 46. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6219 empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 40. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6219 empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 35. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6219 empfohlen.

IV. Öffentliche Anhörung

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen hat in seiner 26. Sitzung am 5. Juni 2019 eine öffentliche Anhörung zu den Anträgen auf Bundestagsdrucksache 19/6219 und 19/6499 durchgeführt. Hierzu hat der Ausschuss folgende Verbände bzw. Sachverständige eingeladen:

Prof. Dr. Arno Bunzel

Prokurist, Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor und Institutsleiter sowie Leiter Bereich Stadtentwicklung, Recht, Soziales beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu)

Ingeborg Esser

Hauptgeschäftsführerin beim GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen

Klaus Ewald

Wigger & Ewald Projektmanagement für Immobilien GmbH

Dr. Andrej Holm

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Thomas Kaup

Stellvertretender Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Architekten (BDA) Berlin

Reiner Nagel

Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur

Prof. Dr.-Ing. Karsten Tichelmann

Professor am Institut für Leichtbau Trockenbau Holzbau, TU Darmstadt

Dr. Kai H. Warnecke

Präsident von Haus und Grund Deutschland e. V.

Die Ergebnisse sind in die Beratungen des Ausschusses eingeflossen. Die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen auf den Ausschussdrucksachen 19(24)089 bis 19(24)096 und das Wortprotokoll der Anhörung wurden der Öffentlichkeit über das Internet zugänglich gemacht.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen hat den Antrag auf Drucksache 19/6219 gemeinsam mit dem Antrag auf Drucksache 19/6499 in seiner 26. Sitzung am 5. Juni 2019 sowie in seiner 27. Sitzung am 26. Juni 2019 abschließend behandelt. Im Ergebnis empfahl der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 26. Juni 2019

Dr. Anja Weisgerber
Berichterstatlerin

Claudia Tausend
Berichterstatlerin

Marc Bernhard
Berichterstatler

Daniel Föst
Berichterstatler

Caren Lay
Berichterstatlerin

Daniela Wagner
Berichterstatlerin